

**55. Jahrestag
der UN-Menschenrechtserklärung**

**Leeres Wort: der Armen Rechte!
Leeres Wort: der Reichen Pflicht!**



Demonstration

13.12.2003 - 12.00 Uhr

Hamburg-Hauptbahnhof

(Vorplatz-Glockengiesserwall)

- gegen Abschiebung -
- gegen rassistische und soziale Entrechtung -
- gegen Krieg und Besatzung -

**Kämpfen wir gemeinsam und
international für unsere Rechte
als Menschen!**

Die UN-Menschenrechtscharta

Am 10.12.2003 ist der 55. Jahrestag der Allgemeinen Menschenrechtserklärung. Im Jahre 1948 wurde die Menschenrechtscharta von der Generalversammlung der UN (Vereinte Nationen) ausgerufen.

Diese Erklärung war ein Zugeständnis des bürgerlichen Lagers an die Jahrhunderte langen Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Sie kam aufgrund der Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges, des deutschen Faschismus und des durch den starken Einfluß der Sowjetunion veränderten Kräfteverhältnisses zustande.

Die UN-Menschenrechtscharta erklärt alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Ohne Unterscheidung nach Religion, Hautfarbe, Geschlecht, nationaler und sozialer Herkunft, politischer Anschauung etc. sollen alle Menschen Anspruch auf die verkündeten Rechte haben. Verbot von Sklaverei, Folter und Diskriminierung, Rechtsgleichheit, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Bewegungsfreiheit und Asyl- und Arbeitsrecht sind einige der Rechte der insgesamt 30 Artikel der Charta.

Die Geschichte der Menschenrechtscharta ist gekennzeichnet von einem ständigen Machtkampf.

Von Seiten der Ausgebeuteten und Unterdrückten ist es der Kampf um die ihnen vorenthaltenen Rechte. Von Seiten der Herrschenden ist es der Kampf zur Aufrechterhaltung der Jahrhunderte alten kolonialen und imperialistischen Dominanz unter dem Deckmantel von angeblicher Demokratie und Menschenrechten.

Die selbsternannten Hüter der Menschenrechte, allen voran die Regierungen der EU und der USA, sind selber die größten Menschenrechtsverletzter. Ihre Rüstung, ihre Militärs, ihre Politiker und ihre Konzerne agieren seit Beginn der blutigen Eroberungsgeschichte von Afrika, Asien und Lateinamerika bis heute für den Reichtum ihrer kleinen Minderheit und gegen die Interessen und das Leben der Mehrheit der Menschen. Bis in die 80er Jahre hinein wurde der zügellose, weltweite Angriff der imperialistischen Lager aufgrund der Systemkonfrontation und der starken weltweiten revolutionären und nationalen Befreiungsbewegungen noch gebremst. Heute erleben wir von Jugoslawien über Afghanistan und den Irak eine Serie von imperialistischen Neuaufteilungskriegen.

**Armer Mann und reicher Mann
standen da und sahn sich an,
und der Arme sagte bleich:
Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich!**
Bertold Brecht

Marionetten-Regime und Diktatoren wie auf den Philippinen oder in Togo werden von den imperialistischen Staaten offen unterstützt. Regierungen, die sich nicht dem Diktat der Imperialisten beugen wie in Venezuela oder Kuba sollen mittels von Putschen oder politischer und wirtschaftlicher Isolation zu Fall gebracht werden.

Menschen wiederum, die in ihren Ländern wie in Palästina, Nepal oder Kurdistan gegen ihre Unterdrückung kämpfen, werden von den imperialistischen Staaten als Terroristen diffamiert und verfolgt.

Ansonsten werden große Teile der Welt von den Großkonzernen nur als Rohstofflager betrachtet, wo es gilt die Ausbeutung der Ressourcen zu sichern und die dort lebenden Menschen durch Armut, Hunger und lokale Kriege zu vernichten wie im Kongo oder Sierra Leone.

Die reichsten 20% der Weltbevölkerung vereinnahmen 85% des weltweiten Einkommens für sich. Die drei reichsten Personen der Welt halten ein Vermögen in der Höhe des gemeinsamen Brutto sozialprodukts der 48 ärmsten Staaten mit einer Gesamtbevölkerung von 600 Millionen in ihren Händen.

Europa (altes und neues)

Die Macht und der Reichtum Europas wurden auf dem Rassismus gegründet. Die herrschende Weltordnung braucht den Rassismus für ihr Überleben. Er ist die Rechtfertigung für die blutige Eroberungsgeschichte der Welt und die Legitimation für die Fortsetzung der Ausbeutung und Kolonialisierung. Ein Ergebnis der ungebrochenen weltweiten Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse ist die Flucht von Millionen von Menschen aus ihren Heimatländern auf der Suche nach Schutz vor Verfolgung und nach Überlebenschancen. Der Weg nach Europa wird ihnen allerdings versperrt. Kontinuierlich wird die Festung

Europa ausgebaut. Das Mittelmeer und die europäischen Außengrenzen sind zu einem riesigen anonymen Friedhof geworden. Viele Tausende verloren und verlieren ihr

Leben auf dem Weg in das reiche Europa. Die Verantwortung für die Konsequenzen ihrer weltweiten Wirtschaftspolitik leugnend, hat die Europäische Union einen riesigen Apparat zur Abwehr und Abschiebung von Flüchtlingen aufgebaut.

Jüngste Planungen sind große Internierungslager entlang der europäischen Außengrenzen, in die auch diejenigen Flüchtlinge deportiert werden sollen, die bereits in Europa sind. Die Lagerkommandantur wird der UNHCR übernehmen.



Deutschland (altes und neues)

Das Recht auf Asyl wird in Deutschland der absoluten Mehrheit der Antragsteller verweigert. 96% werden abgelehnt, nur 4% anerkannt, von denen wiederum 2% den Klageweg beschreiten mußten. Durch die Aberkennung des Grundrechtes auf Asyl werden auch alle weiteren Grund- und Menschenrechte aufgehoben. Der deutsche Staat verfährt mit den Betroffenen in einer Art und Weise, die Parallelen zur Untermenschenideologie der Nazidiktatur aufweist. Es existiert neben dem Grundgesetz für Deutsche ein paralleles Gesetzeswerk mit Hunderten Sondergesetzen, die dazu dienen, Flüchtlingen und MigrantInnen ihre Grund- und Menschenrechte zu verweigern. Das Leben von Flüchtlingen in Deutschland ist gekennzeichnet durch Behördenterror, gesellschaftsverbot und von Bildung, und gesundheitlicher Versorgung. Am Ende der Kette von Menschenrechtsverletzungen steht die Bedrohung durch die mögliche Abschiebung, die Abschiebehaft und letztendlich die Abschiebung selbst. Flüchtlinge sind der Beweis für die vernichtenden Auswirkungen des herrschenden kapitalistischen Systems, so daß die Hüter und Profiteure dieses Systems diese Beweise verschwinden lassen müssen.

Darüber hinaus transportieren die bürgerlichen Massenmedien den Rassismus täglich neu in die Gesellschaft hinein und produzieren in Einklang mit der Politik und der Wirtschaft einen aggressiven nationalen Konsens.

**Asylrecht
ist
Menschenrecht!**

Recht auf soziale Sicherheit ist erkämpftes Menschenrecht!

Zehn Jahre nach der Niederlage der DDR (Deutsche Demokratische Republik) und der SU (Sowjetunion) verkünden regierende Sozialdemokraten unverhohlen, daß „wir“ über unsere Verhältnisse gelebt hätten und jetzt in der Solidargemeinschaft kürzer treten müßten. Aber was heißt "wir" und wer soll denn da mit wem solidarisch sein?

Die Großkonzerne machen weiterhin ihre Gewinne, und Geld scheint dort keine Mangelware zu sein. Deutschland ist Exportweltmeister. Die Situation wird genutzt, um Extraprofite durch die verschärfte Ausbeutung der im Arbeitsprozeß belassenen Menschen und die Herausdrängung vieler Arbeitskräfte aus dem Arbeitsmarkt zu machen. Die Arbeitslosen sollen sich auch nicht mehr mit dem Existenzminimum finanziell abgesichert wägen.



Der Abbau von Arbeitsrechten, die hart erkämpft wurden, wird über diesen Druck in einem rasanten Tempo zur Normalität. Die Gesundheitsversorgung, das Recht auf Bildung und das Sozialsystem werden zu Luxusgütern erklärt. Alle diese Rechte waren aber nie Luxusgüter, sondern sie sind durch die internationalen Kämpfe und den Mut unserer Vorfahren errungen worden. In unseren Köpfen soll das

Bewußtsein darüber allerdings gelöscht werden. Die staatlich verordnete Politik sollen wir widerstandslos „fressen“ und uns von Politikern mit fetten Diäten und sicherer Superrente verhöhnen lassen. So z. B. durch Kanzler Schröders Reaktion bei einer 1. Mai-Kundgebung auf Pfiffe unzufriedener Arbeiter: "Wer pfeift, zeigt, daß er dicke Backen hat, aber nichts im Kopf."

Die tägliche Verkündung in Presse, Funk und Fernsehen über die angeblich schwierige Situation in Deutschlands ist Teil des Klassenkampfes von oben und soll Existenzangst und Konkurrenz schüren. Wir sollen uns ohnmächtig und passiv den Interessen der Bosse in den Konzernen und Banken unterordnen und aktiv gegen unsere eigenen Interessen handeln, gegen Unseresgleichen und nach "unten" treten. Aber erinnern wir uns: Die Internationale erkämpfte das Menschenrecht!

Hamburgs Ein- und Ausreiselager

In der Erstaufnahmestelle, dem Containerschiff „Bibby Altona“, waren Flüchtlinge meist über Monate auf engstem Raum zusammengepfercht. Sie hatten Besuchsverbot, Schikanen waren an der Tagesordnung und mitten in der Nacht rückten Polizei und Abschiebekommandos an. Die Situation hat sich mittlerweile noch verschärft. Das Schiff wurde zu einem integrierten Ein- und Ausreiselager umfunktioniert. Eine Abteilung der Ausländerbehörde und das Landeskriminalamt wurden auf dem Wohnschiff untergebracht, d.h., die Flüchtlinge müssen nun Tür an Tür mit ihren Abschiebern leben. In der Sprache der Behörden heißt das: „Verbesserte Möglichkeiten der Aufenthaltsbeendigung“.

Hamburgs Brechmitteleinsätze
Seit 2001 werden in Hamburg Brechmitteleinsätze durchgeführt. Hierbei sind es insbesondere afrikanische Flüchtlinge, die als mutmaßliche Dealer stigmatisiert und in der Folge Opfer von Brechmitteleinsätzen werden. Am 9.12.2001 starb Achidi John, nachdem ihm im UKE gewaltsam Brechmittel eingefloßt worden war. Aber auch nach dem Tod Achidi Johns gehen die Brechmitteleinsätze weiter.

Rechtswidrige Abschiebung afghanischer Flüchtlinge

Seit einiger Zeit werden afghanische Flüchtlinge von den Hamburger Behörden massiv unter Druck gesetzt, „freiwillig“ auszureisen. Hierbei interessiert es niemanden, daß eine Rückkehr nach Afghanistan ohne Gefahr für Leib und Leben zur Zeit nicht möglich ist. Die Behörde schaffte finanzielle Anreize, um afghanische Flüchtlinge zur Rückkehr zu bewegen. Sie drohte aber gleichzeitig, diejenigen am Anfang des nächsten Jahres abzuschicken, die das Angebot nicht annehmen werden. Diese Drohung war insofern rechtswidrig, als daß die Innenministerkonferenz über einen Zeitpunkt für Abschiebungen nach Afghanistan noch gar nicht entschieden hatte. Doch das ist der Behörde egal. Der Sprecher des Innenministers kündigte an, in den kommenden Wochen mit Zwangsabschiebungen nach Kabul zu beginnen - unabhängig davon, was die IMK beschließen würde. Ein afghanischer Flüchtling wurde bereits abgeschoben. Datum der Abschiebung: 20. Juni (Internationaler Tag des Flüchtlings)!

Auszug aus dem Aufruf der Widerstandskämpfer und -kämpferinnen zum 65. Jahrestag der Pogrome gegen jüdische Bürgerinnen und Bürger am 9. November 1938

*... Die Nazis marschieren wieder, und oberste Richter geben dafür die Straße frei. Tagtäglich erleben wir rassistische Gewalt. Erschreckend ist die gesellschaftliche Zustimmung und Ausgrenzung, Diskriminierung und Entrechtung von Menschen, die als „Ausländer“ wahrgenommen werden. Damals waren es jüdische Menschen, die ausgegrenzt, diskriminiert, entrechtet und schließlich ermordet wurden. Aus der Erfahrung unseres Lebens sagen wir: Nie mehr schweigen, wegsehen, wie und wo auch immer Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit hervortreten! **Erinnern heißt handeln!***

Anlässlich des 55. Jahrestages der Allgemeinen Menschenrechtserklärung rufen wir auf zum Protest gegen die zahlreichen und systematischen Menschenrechtsverletzungen des deutschen Staates.

Wir rufen auf lokaler Ebene zu einer Aktionseinheit gegen Abschiebung und rassistische und soziale Entrechtung auf!

Wir fordern und kämpfen für gleiche Rechte ohne Hierarchie nach nationaler und sozialer Herkunft!

Gegen die imperialistische Aggression und Krieg!

Für das unteilbare Recht auf Leben in Freiheit und Würde!

ATIF (Hamburg)
attac Hamburg (AG
Menschenrechte)
Flüchtlingsrat Hamburg
Informationsstelle Kurdistan e. V.
Koordinationskreis-Karawane
Hamburg



Politische Flüchtlinge aus dem Iran
RotFuchs (RG Hamburg)
Rote Hilfe OG Hamburg
Socialist Party Of Iran (SPI)
Volkswiderstandsbewegung der Welt
(VWBW) - Ortsgruppe Hamburg

Weitere Veranstaltungen:

Freitag, 5. Dezember, 19.00 Uhr, in der B 5 (Brigittenstraße 5)

Veranstaltung zur Situation in Nepal

Veranstalter: Volkswiderstandsbewegung der Welt (VWBW) - Ortsgruppe Hamburg

Dienstag, 9. Dezember, 19.30 Uhr, in der B 5 (Brigittenstraße 5)

Veranstaltung „Demokratischer Ausnahmezustand?“ Die baskische Unabhängigkeitsbewegung und die Repression des spanischen Staates

Veranstalter: Rote Hilfe OG Hamburg

Dienstag, 9. Dezember, nachmittags (Achtet auf weitere Ankündigungen!)

Zum Todestag von Achidi John Demonstration mit Abschlußkundgebung am UKE gegen Brechmitteleinsätze

Veranstalter: Flüchtlingsrat Hamburg

Mittwoch, 10. Dezember, 16.00 - 17.00 Uhr, Hauptbahnhofsvorplatz (Glockengiesserwall)

Kundgebung und Demonstration zum indischen Konsulat für die Freiheit für Genosse Gaurav!

Veranstalter: Volkswiderstandsbewegung der Welt (VWBW) - Ortsgruppe Hamburg

Freitag, 12. Dezember, 17.00 Uhr, im DGB-Haus (Besenbinderhof 57a, 1. Stock)

Veranstaltung „Residenzpflicht - ein Apartheidsgesetz Deutschlands!“

Veranstalter: Koordinationskreis-Karawane Hamburg

Freitag, 19. Dezember, 19.30 Uhr, in der B 5 (Brigittenstraße 5)

Film „Im Wassertropfen gefaßtes Leben“ und Diskussion mit Überlebenden zum 19. Dezember - Jahrestag des Massakers auf die politischen Gefangenen in der Türkei

Veranstalter: Bündnis gegen imperialistische Aggression

19. - 22. Dezember, in Florenz

Symposium zum Internationalen Kampftag gegen Isolation